

N i e d e r s c h r i f t
**öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und
Klimaschutz**

2. März 2018

Sitzungstermin:	Dienstag, 30.01.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:27 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal im Fachbereich Umwelt, Reumontstraße 3

Anwesende:

Ratsfrau Ulla Griepentrog
Ratsfrau Iris Lürken
Ratsherr Ferdinand Corsten
Ratsherr Ralf Demmer
Ratsherr Alexander Gilson
Ratsfrau Fabia Kehren
Ratsherr Kaj Neumann
Ratsherr Jürgen Schmitz
Ratsfrau Dr. Heike Wolf

Herr Dr. Nils Brodowski

Herr Georg Grooten

Herr Arno Lennartz

Herr Jöran Stettner

Frau Laura Gouders

Herr Alexander Seyfried

Herr Dieter Formen

Herr Safi Özbay

als Vertreterin für Herrn Szagunn

Vertretung für: Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

Abwesende:

Herr Prof. Dr. Hans-Jürgen Müggenborg

- entschuldigt -

Herr Dirk Szagunn

- entschuldigt -

Herr Martin Knörzer

- entschuldigt -

Frau Susanne Kütke

- entschuldigt -

Herr Markus Plum

- entschuldigt -

Herr Andreas Schaper

- entschuldigt -

Frau Tanja Vogts

- entschuldigt -

Herr Nikolaos Antonopoulos

- entschuldigt -

Frau Katharina Hrvacanin

- entschuldigt -

Ratsfrau Mara Lux

- entschuldigt -

von der Verwaltung:

Herr Dr. Markus Kremer (Dez. V)

Herr Eckhard Larosch (B 03)

Herr Axel Costard (Dez. I)

Frau Dr. Maria Vankann (FB 36/001)

als Schriftführer:

Herr Horst Pütz (FB 36/100)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 12.12.2017 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0242/WP17

- 3 **Beschaffung von Textilien;**
hier: Antrag von Greenpeace; Behandlung im Bürgerforum am 12.09.2017
Verweisung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Klima sowie den Personal- und Verwaltungsausschuss
Vorlage: B 03/0102/WP17

- 4 **Sachstandsbericht Projektauftrag - Green City Plan**
Vorlage: FB 36/0244/WP17

- 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 12.12.2017 (nicht-öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 36/0243/WP17

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Um 17.04 Uhr eröffnet die Vorsitzende Ratsfrau Griepentrog die öffentliche Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Der Ausschuss stimmt der Tagesordnung einvernehmlich zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 12.12.2017 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 36/0242/WP17

Herr Hofmann (Die Linke) wünscht in der Niederschrift vom 12.12. 2017 (öffentlicher Teil) im Punkt 12 eine Streichung des ersten Absatzes. Er fühle sich dort nicht umfänglich zitiert und seine Aussagen wären gekürzt.

Ratsfrau Griepentrog (Fraktion: Die Grünen) fragt die Ausschussmitglieder, wie mit Zitaten und Streichungswünschen in der Niederschrift verfahren werden solle.

Ratsherr Corsten (CDU-Fraktion) stellt klar, dass die Niederschrift des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz kein Wortprotokoll darstellen müsse, sondern lediglich ein Beschluß-/Ergebnisprotokoll. Man solle keine Punkte nachträglich streichen und er empfehle die unveränderte Annahme des vorliegenden Protokolls.

Herr Dr. Kremer (Dezernat V) weist darauf hin, dass durch die Unterschriften des Schriftführers und der Ausschussvorsitzenden die Niederschrift zur Urkunde geworden sei. Solch eine Urkunde dürfe nicht im Nachgang durch den Ausschuss verändert werden. Er schlägt vor, die Wortmeldung von Herrn Hoffmann in die Niederschrift zur heutigen Sitzung aufzunehmen.

Ratsherr Corsten sieht in der Änderung des Protokolls einen erneuten Beschluss. Der Textbaustein müsse daher so im Schriftstück enthalten bleiben, wie er durch den Schriftführer formuliert wurde.

Herr Hofmann erklärt daraufhin sein Einverständnis auf die Streichung zu verzichten, sofern im neuen Protokoll sein Hinweis erwähnt würde.

Die Ausschussvorsitzende lässt über das vorliegende Protokoll abstimmen.

AUK/33/WP.17

Ausdruck vom: 07.03.2018

Seite: 4/11

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2017 (öffentlicher Teil)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung.

zu 3 Beschaffung von Textilien;

hier: Antrag von Greenpeace; Behandlung im Bürgerforum am 12.09.2017

Verweisung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Klima sowie den Personal- und Verwaltungsausschuss

Vorlage: B 03/0102/WP17

Herr Larosch (Bauverwaltung - B 03) erklärt, dieser Antrag sei bereits eingehend im Bürgerforum besprochen worden. Er erläutert die Komplexität des öffentlichen Vergaberechtes. Ansprechpartner für Fragen sei die zentrale Vergabestelle in Bonn. Mit dieser stände man in Kontakt.

Er teilt mit, die Stadt Bonn habe die Möglichkeit einer externen Beratung (subventioniert durch Fördergelder) in dieser Thematik bekommen und die Maßnahmen kostenneutral umsetzen können. Bei der Stadt Aachen sei dies nur gegen Zahlung eines Honorars möglich.

Er betont, dass bei Schutzbekleidung höchste Priorität auf den Schutz der städtischen Mitarbeiter gelegt werden müsse. Bei der Anschaffung von Dienstkleidung sehe er eine einfachere Umsetzung der Anforderungen. Aus seiner Sicht solle daher zunächst bei „normaler“ Dienstkleidung ein Fokus auf diese Problematik gelegt werden. Ferner müsse ein rechtlich-sauberer Ablauf gewährleistet sein.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) wiederholt, dass eine Trennung zwischen Dienst- und Schutzbekleidung für die städtischen Mitarbeiter stattfinden müsse. Aus ihrer Sicht sei es ratsam, den Ablauf in Bonn weiter zu beobachten und auf erste Ergebnisse von dort zu warten.

Sie bittet die Verwaltung, das Potential für Dienstkleidung und die damit verbundenen Tätigkeitsfelder für die Politik aufzulisten. Sie hielte es für eine gute Idee, erst in diesem Thema weiter vorzugehen, wenn erste Entscheidungen aus Bonn mitgeteilt würden.

Herr Larosch (B 03) beschreibt, dass der Markt bei solchen Ausschreibungen sehr eng sei. Es müsse die Frage gestellt werden, woher die jeweiligen Siegel in den Kleidungsstücken kämen. Ein gesundes Verhältnis zwischen Markt und Wettbewerb sei für jede Verwaltung wichtig.

Herr Stettner (Fraktion: Die Grünen) begrüßt die gute Vorlage der Verwaltung. Auch er betont, dass vorrangig ein Fokus auf Dienstkleidung und nicht auf Schutzbekleidung gelegt werden solle. Seiner Meinung nach müsse man weitere Erfahrungswerte/Informationen aus anderen Kommunen einholen. Auch er sei gespannt auf erste Ergebnisse der Stadt Bonn.

Herr Hofmann begrüßt ebenfalls die gute Vorlage. Er äußert die Frage, wann seitens der Verwaltung nächste Beschaffungen geplant seien.

Hierauf antwortet Herr Larosch, dass wahrscheinlich im Fachbereich Sicherheit und Ordnung in nächster Zeit weitere Beschaffungen von Dienstkleidung anstünden. Die dortigen Mitarbeiter würden den ganzen Tag (= jeden Tag) die Dienstkleidung tragen und somit müsse ein gewisser Tragekomfort uneingeschränkt gewährleistet sein. Er schlägt vor, mehrere Anbieter einzuladen und mögliche Kleidungsstücke vorstellen und ausprobieren zu lassen.

Er weist jedoch darauf hin, dass über die Dienstkleidung der Stadt Aachen eine Identifikation mit der Kommune und eine wichtige Außenwirkung erfolge.

Ratsfrau Lürken (CDU Fraktion) dankt Herrn Larosch für die Vorlage und seinen ausführlichen Vortrag im Bürgerforum. Sie interessiert, wie mit kleineren Schäden an Dienstkleidung verfahren werde. Auch sie äußerte im Namen ihrer Fraktion die klare Priorität bei der Schutzbekleidung und ist gespannt, wie sich das Verfahren in Bonn weiter entwickle.

Ratsherr Neumann (Die Grünen) betont, es sei nicht nur wichtig, dass die Kleidungsstücke „fair“ behandelt, sondern auch aus „ökologischer Sicht“ nachhaltig produziert bzw. gehandelt würden. Seiner Meinung nach gäbe es viele gute Anbieter für Dienst- und Schutzbekleidung am Markt. Eine gute Entscheidung sei nicht selten lediglich eine Frage des Preises. Die Verwaltung müsse prüfen, wo die Kleidung hergestellt würde. Auch er begrüße die Vorlage der Verwaltung und rege an, nach der Vorgabe in Bonn dies erneut im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu thematisieren.

Herr Larosch (B 03) teilt mit, man könne nicht einfach bei dem Anbieter einkaufen, der das beste ökologische Siegel nachweisen würde. Dies sei vergaberechtlich nicht zulässig. Es müsse produktneutral ausgeschrieben werden und ein fairer, unvoreingenommener Wettbewerb müsse stets gewährleistet bleiben.

Ratsfrau Griepentrog (Fraktion: Die Grünen) bedauert, dass es viele (nicht eindeutige) Siegel für Kleidungsstücke gebe. Sie rege ebenfalls an, auf ein Ergebnis aus Bonn zu warten. Dadurch würde klarer, welche Siegel in einer Ausschreibung berücksichtigt werden könnten. Sie dankt Herrn Larosch für seine Ausführungen und regt eine erneute Aufnahme im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nach einer Entscheidung in Bonn an.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 4 Sachstandsbericht Projektauftrag - Green City Plan**Vorlage: FB 36/0244/WP17**

Herr Costard (Dez. I) berichtet mit Hilfe einer Präsentation über dieses Thema. Die Präsentationsfolien sind dieser Niederschrift beigelegt und werden den Ausschussmitgliedern vorab durch den Geschäftsführer zugesendet.

Ratsfrau Griepentrog dankt Herrn Costard für seinen Vortrag.

Ratsfrau Dr. Wolf (SPD-Fraktion) äußert die Sorge, dass das Abrufen der Fördermittel einen hohen Personalaufwand generieren würde. Ferner wäre es notwendig, möglichst viel Eigenmittel bereitzuhalten. Viele Kommunen würden über solche Mittel in ihren Haushalten nicht verfügen und könnten somit nicht an den bereitgestellten Fördergeldern partizipieren.

Sie hätte die Hoffnung gehabt, dass die notwendigen Eigenbeiträge nicht in dieser Höhe notwendig gewesen wären. Sie fragt in Richtung der Verwaltung, was der Stadt Aachen diese Fördermittel konkret bringen würden und wie viele Mitarbeiter die Stadt Aachen für die Abrufe bereitstelle. Aus ihrer Sicht seien viele Fachbereiche mit in dieses Thema eingebunden und es müsse auch weiter in Ausschüssen behandelt werden.

Herr Larosch (B 03) stellt klar, dass in der Stadt Aachen lediglich die Fördermittel beantragt werden, bei denen der Restbetrag aus Eigenmittel getragen werden könne. Ziel sei es, entsprechende Mittel im Haushalt veranschlagt zu haben. Diesbezüglich sei man bereits mit der Finanzsteuerung im Gespräch. Die Fristen zwischen dem Call bis zur Antragseinreichung seien oft nur vier Wochen. Er dankt dem Personaldezernenten für die Einrichtung einer Halbtagsstelle zur Projektakquirierung. Weiterhin weist er darauf hin, dass ein dauerhaftes Controlling stattfinden würde.

Ratsherr Neumann (Fraktion: Die Grünen) dankt Herrn Larosch für den Vortrag und fragt, wann bekannt sei, wie viele und für welche Zwecke die Stadt Aachen Fördermittel erhalten würde. Er sehe eine Problematik in der Bearbeitung, da hierfür möglicherweise zu wenig Personal abgestellt wäre. Er fragt

bezüglich eines Zeitplanes und welche Prioritäten bei den Fördermitteln seitens der Verwaltung festgesetzt worden seien.

Herr Costard teilt mit, dass erst im Masterplan festgelegt werde, welche Maßnahmen priorisiert durchgeführt werden sollten. Allerdings könnten einige Maßnahmen – z.B. die Ausstattung von Dieselmotoren mit SCRT-Filtern – unabhängig vom Masterplan einfacher und damit auch schneller umgesetzt werden. Bei vielen Maßnahmen gebe es allerdings keine Möglichkeit, Bundes- und Landesmittel zu kumulieren.

Ratsfrau Griepentrog (Fraktion: Die Grünen) zeigt Verständnis, dass die Verwaltung mit verschiedensten Arbeiten sehr ausgelastet wäre. Jedoch sei es aus ihrer Sicht eine Selbstverständlichkeit, dass genügend Personal für die Bearbeitung der Anträge und die Umsetzung für solche Fördermittel bereitgestellt werden müsse. Eine Halbtagsstelle sei aus ihrer Sicht zu wenig.

Herr Dr. Kremer betont, dass der Thematik in den Stellenplänen der letzten beiden Jahre Rechnung getragen worden sei. Im operativen Bereich seien bereits neue Stellen geschaffen worden. Er bedauert, dass die Abläufe für eine Beantragung von Fördermitteln heutzutage anders ablaufen würden als früher. Er betont, die Arbeitsmarktlage sei aktuell nicht einfach und es sei schwer, kurzfristig gutes Personal zu finden. Es sei eine große Herausforderung für die Verwaltung, entsprechende Stellen zu besetzen.

Sehr komplexe Richtlinien beim Abruf von Fördermitteln bedürften auch kompetenter Mitarbeiter. Es gebe für einen Abruf von verschiedenen Fördergeldern noch viel Klärungsbedarf für die eingesetzten Mitarbeiter. Er erklärt weiter, dass die Stadt Aachen eine Modellregion sei und hohe Finanzmittel im Raum stehen würden.

Es sei in der Verwaltung noch nicht abschließend geklärt, wofür die jeweiligen Gelder eingesetzt werden könnten. Er sehe in der Möglichkeit, Fördermittel für die Stadt Aachen zu erlangen, eine große Chance und ein gutes Zeichen für die Entwicklung der Stadt. Er bittet Herrn Costard, das Förderprojekt „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ vom „Green City Plan“ in seinem Vortrag abzugrenzen.

Herr Hofmann bedauert, dass die Förderung für die Digitalisierung nicht unmittelbar zur Verbesserung der Umwelt beitragen würden. Er gibt den Hinweis, dass die Europäische Union gegenüber der Bundesregierung ein Ultimatum mit Frist bis nächste Woche gestellt habe. Er bittet um eine Information, aus welchen Fördertöpfen die Stadt Aachen konkret abrufen möchte und wie der Masterplan aussehe.

Die Ausschussvorsitzende verweist hierzu auf die Vorlage und deren Inhalte.

Herr Costard ergänzt die Maßnahmen, die in Aachen möglich seien, und erklärt, welcher Fördertopf bzw. welche Maßnahmen auf die jeweiligen Fördertöpfe passen würden.

Herr Larosch bestätigt die Aussage von Herr Costard und erläutert, dass seitens der Verwaltung primär keine zusätzlichen, neuen Maßnahmen entwickelt würden. Somit werde der städtische Haushalt entsprechend entlastet. Er stellt klar, dass genügend Eigenmittel vorhanden seien, um sicher und schnellstmöglich Fördermittel aus verschiedene Töpfen abrufen zu können.

Herr Costard erläutert die Mitteilung der Verwaltung zum Förderprojekt „Kommunaler Klimaschutz NRW“ (besonderer Förderbereich: „Emissionsfreie Innenstadt“) mit weiteren Folien und stellt sie in Zusammenhang zum „Green City Plan“.

Ratsherr Neumann fragt, was die weiteren Schritte seien und wann der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz hierzu informiert werde. Ferner möchte er wissen, ob in Aachen bereits vorher Maßnahmen durchgeführt würden.

Hierauf antwortet Herr Costard, dass der 01.01.2019 der Startzeitpunkt des Förderprogrammes laut eingereicherter Projektskizze „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ sei.

Anschließend habe man drei Jahre Zeit für die Umsetzung. Aktuell würden Auftaktgespräche mit der Landesregierung, der Bezirksregierung und dem Projektträger geführt. Der „Green City Plan“ werde zum 03.07.2018 fertiggestellt sein. Danach könnten die darin beschriebenen Maßnahmen beantragt werden, sofern nicht bereits im Rahmen eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns mit der Umsetzung begonnen werden dürfe.

Herr Larosch ergänzt, dass jetzt bereits aktiv in Förderprogramme eingestiegen werde. Als Beispiel hierzu nennt er die Umrüstung der dieselbetriebenen Linienbusse. Dieses Projekt sei schnell umsetzbar und in erster Linie sollten die Maßnahmen vorrangig durchgeführt werden, die einen schnellen ökologischen Erfolg bringen würden. Hierfür sehe er eine klare Priorisierung in Aachen.

Frau Dr. Vankann (FB 36/001) ergänzt zum Startpunkt „Kommunaler Klimaschutz.NRW“, dass zu der vom Land befürworteten Projektskizze nun die Anträge zu einzelnen Maßnahmen zu stellen seien. Sie führt aus, dass hierbei auf den Erhalt der in der Skizze beschriebenen Gesamtstrategie zu achten sei.

Ratsfrau Griepentrog (Fraktion: Die Grünen) spricht der Verwaltung ihr Vertrauen aus, dass möglichst viele Fördermittel für Aachen angefordert werden und bestmöglich verwendet werden. Sie dankt Herrn Costard, Herrn Larosch und Frau Dr. Vankann für die Ausführungen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zur Kenntnis genommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Dr. Kremer (Dez. V) teilt mit, dass seitens einer Fraktion eine Bitte an die Verwaltung ergangen wäre, rückblickend den über den Sturm „Friederike“ vor knapp zwei Wochen zu berichten. Er verweist hierfür auf die Sitzung des Schulausschusses am 22.02.2018, bei dem dieses Thema als Tagesordnungspunkt angekündigt sei. In diesem Ausschuss werde intensiv über das Thema berichtet und u.a. seien dort Vertreter des Katastrophenschutzes sowie der Feuerwehr anwesend.

Weiterhin berichtet er über die Verleihung des „Nachhaltigkeitspreises 2017“. Es sei ein toller Erfolg für die Stadt Aachen, sich unter den besten drei Kommunen in Deutschland zu befinden. Er kündigt an, dass die Stadt Aachen im nächsten Jahr erneut (stellenplanneutral) bei diesem Wettbewerb mitmachen werde. Er bittet hierbei um die Unterstützung seitens der Politik. So eine Auszeichnung sei ein Prädikat, dass die Stadt Aachen gerne erneut erhalten würde.

Herr Dr. Kremer lädt die Ausschussmitglieder diesbezüglich zu der Veranstaltung „Gemeinsam Nachhaltig“ am 28.02.2018 um 16.00 Uhr in das Hochschulgebäude „Super C“ ein.

Abschließend weist die Ausschussvorsitzende auf die Tischvorlage über die Kostenaufstellung der Baumaßnahme im „Westpark“ hin. Diese Aufstellung wurde seitens der Ausschussmitglieder über die Verwaltung gewünscht.

Um 18.25 Uhr beendet die Ausschussvorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung.